

Stellungnahme des *aktionsbündnisses_opferschutz_netzwerk_hamburg* zum neuen Hamburger Opferschutzkonzept der BASFI, 2014

In den nächsten Wochen wird in der Hamburger Bürgerschaft über ein neues *Konzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Menschenhandel und Gewalt in der Pflege* diskutiert und abgestimmt. Das von der Hamburger *Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration* entwickelte Konzept wurde Mitte letzten Jahres auf einem Fachtag den Mitarbeiter_innen von Opferschutz-Einrichtungen vorgestellt. Das neue Konzept sieht unter anderem einen Ausbau der Täterarbeit und der Bekämpfung von Gewalt in der Pflege vor. Von Politik und Behördenseite wurde für die konkrete Ausgestaltung des Konzepts ausdrücklich die Zusammenarbeit mit den Facheinrichtungen des Opferschutzes, wie den psychosozialen Beratungsstellen und den Schutzeinrichtungen, gewünscht. Bald kamen jedoch bei vielen Mitarbeiter_innen der Opferschutzeinrichtungen Zweifel an dem von Behördenseite geäußerten Kooperationswunsch auf. Denn bis heute hat ein Gespräch „auf Augenhöhe“ über die von der Behörde geplanten Maßnahmen nicht stattgefunden. So bestehen von Seiten der Opferschutzeinrichtungen erhebliche Vorbehalte gegenüber der Notwendigkeit einer weiteren „*Profilschärfung der Beratungseinrichtungen*“ und z.B. gegenüber der Einrichtung einer gemeinsamen *Koordinierungsstelle für die Frauenhäuser in Schleswig-Holstein und Hamburg*¹.

Von Behördenseite wurde deutlich gemacht, dass die Veränderungen des Hamburger Opferschutzes im Rahmen des bisherigen Budgets stattfinden sollen. Es wird daher befürchtet, dass der Ausbau der Täterarbeit auf Kosten der bestehenden Opferschutzeinrichtungen finanziert wird. Dies würde erneut erhebliche Budget-Kürzungen für diese Einrichtungen zur Folge haben. Auch andere Schwerpunktverlagerungen müssen bei gleichbleibenden Budgets zulasten bestehender Angebote gehen.

In den konzeptuellen Überlegungen der Behörde finden sich insbesondere zwei Werkzeuge, um Mittel für die neuen Schwerpunkte freizusetzen: die *Profilschärfung* und der *Abbau von Doppelstrukturen*. Es besteht unter anderem große Sorge, dass die Unterstützungsangebote für Migrant_innen in die spezialisierten Einrichtungen eingegliedert werden und damit in der bisherigen Form nicht mehr bestehen sollen. Die Erfahrungen der letzten Jahre belegen allerdings, dass spezielle Unterstützungsangebote für Frauen mit Migrationshintergrund sehr gut angenommen werden. Es handelt sich um notwendige und niedrigschwellige Angebote von Trägern mit funktionierendem Zugang gerade zu den sog. schwer erreichbaren Communities. Das etablierte Opferschutz-Netzwerk geht davon aus, dass das Angebot von Beratungsstellen mit einem breiten Themenspektrum für die Sicherstellung des Zugangs für alle Bevölkerungsgruppen zum Opferschutz ebenso unentbehrlich ist, wie die Bereitstellung von spezialisierten Einrichtungen. Diese Mischung stellt das Hilfenetzwerk derzeit bereit. Die starke Auslastung der Einrichtungen zeigt, dass jede einzelne von ihnen gebraucht wird, um die komplexer werdenden Problematiken nachhaltig aufzufangen.

¹ Über die Initialisierung einer *Koordinierungsstelle für die Frauenhäuser Hamburgs und Schleswig-Holsteins* erfuhren die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser beider Bundesländer im Dezember 2013 aus einer medienwirksam aufbereiteten Pressemitteilung der Hamburger BASFI und des Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein. Es fand bis heute keine inhaltliche Diskussion über die Sinnhaftigkeit einer solchen Stelle und deren Bedarf mit den Frauenhäusern statt.

Eine „Optimierung der Angebote“ – wie von Behördenseite angestrebt - wird aus den praktischen Erfahrungen der Fachberatungsstellen vielmehr durch eine Optimierung der personellen/finanziellen Ausstattung der bestehenden Einrichtungen und eine flächendeckende Angebotsstruktur erreicht als durch eine weitere Profilschärfung. Wir befürchten, dass der Abbau vermeintlicher Doppelstrukturen eine weitere Ausdünnung des Angebots für Gewaltopfer mit sich bringen würde. Dadurch würde es dem Unterstützungsbedarf weniger gerecht werden, als das derzeitige Angebot.

- Wir fordern die Politik und die Behörde auf, die Kompetenz der Facheinrichtungen mit einzubeziehen und ihnen bei der Umgestaltung des Opferschutzes ein tatsächliches Mitspracherecht einzuräumen.
- Die Finanzierung der geplanten Täterarbeit darf nicht zu Lasten und auf Kosten der bestehenden Opferschutzeinrichtungen gehen.
- Wir fordern eine Verbesserung der Ausstattung der bestehenden Einrichtungen und eine Ausweitung der stadtteilbezogenen Angebote.
- Benötigt wird ganz akut: eine bessere Ausstattung der psychosozialen Opferschutzeinrichtungen, eine verlässliche Finanzierung der Facheinrichtungen und eine Anhebung des Betreuungsschlüssels in den Frauenhäusern, mehr Therapieplätze und ein sicherer Zugang zu Wohnraum für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder.

Allerleirauh e.V., Amnesty for Women e. V., biff Eimsbüttel/Altona, Dolle Deerns e.V. Fachberatungsstelle gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und jungen Frauen, Frauen für Frauen gegen Gewalt-Patchwork, Frauen helfen Frauen Hamburg e.V., GWA-St. Pauli, Interkulturelle Begegnungsstätte IKB e.V. und LÂLE in der IKB e.V., Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen, Pro fem, verikom - i.bera